Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark, monatlich 2 Mark, durch die Post vierteljährlich 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Betriebsrat", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 299. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—5 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 18553 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreise: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigen, 50 Goldpfennige für die Reklamezeile auf Schlesien an den freigespaltenen Kopfleisten ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Freitag, 5. Juni 1925 | Nummer 44

Die Bethke-Politik im Reich

Die Reichspresse der SPD. sucht die Vermittlung mit den 24
Die „Linken" für die Volksgemeinschaft

Die „Leipziger Volkszeitung" bringt am Mittwoch den 3. d. Mts. eine Anzahl Preßstimmen sozialdemokratischer Zeitungen aus dem Reich. Diese gesamten Zeitungen wenden sich gegen die 24, jedoch schlagen sie alle Töne der Vermittlung und Versöhnung mit den offenen Verrätern an, aber sie beklagen, daß die Einigungsverhandlungen erschwert worden sind. Den Hinauswurf der 24 fordert man nirgends.

Die Elberfelder „Freie Presse" schreibt:

„Die jetzterzeit von der sozialdemokratischen Regierung in Sachsen geschaffene Landgemeindeordnung galt allen sozialistischen Kommunalpolitikern als ein **Muster der kommunalen Verwaltungsorganisation.** Auch jetzt haben sich hervorragende Politiker auf dem Gebiete des Kommunalwesens gegen die geplante und nunmehr vollzogene Verschlechterung **gewendet. Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit hat alle Mahnungen und Warnungen in den Wind geschlagen.** Damit konnte sie nur den Eindruck verstärken, daß ihre Politik sowohl wie die von ihr in die Regierung entsandten Politiker bei der sozialdemokratischen Bevölkerung kein Vertrauen verdienen. Jedenfalls ist mit diesem Akt der Regierungstreue, der gleichzeitig **einen Akt der Untreue gegen sozialdemokratische Grundsätze** und Forderungen darstellt, der Boden der gütlichen Beilegung des sächsischen Parteikonfliktes **noch unfruchtbarer geworden, als er sich bisher erwies."**

Dem schließt sich die „Bremer Volkszeitung" an mit folgendem Gewinde:

„Vergebens sucht man nach den Gründen ihrer Politik. Die sächsische Gemeindeverfassung von Edmund Fischer **gilt als die fortschrittlichste in Deutschland.** Eine Teilnahme von Sozialdemokraten an der sächsischen Regierung muß doch die Voraussetzung in sich schließen, daß errungene fortschrittliche Positionen zum mindesten nicht verschlechtert werden. **Bestand die Sächsische Volkspartei auf diesen Verschlechterungen, dann hätten lieber die 23 die Koalition auffliegen, die Parteieinheit herstellen und durch den Appell an das Volk eine Entscheidung suchen sollen. Sie hätten damit der sächsischen Arbeiterschaft einen großen Dienst geleistet.** Sie ist es, die durch die Zersplitterung den größten Schaden davonträgt."

Noch weniger konsequent ist die Haltung der „Volksstimme" in Frankfurt; sie lobt die treffliche Haltung des Parteivorstandes:

„Der Unterbezirksvorstand von Plauen-Reichenbach **hatte** in einem Telegramm den Parteivorstand darauf aufmerksam gemacht, daß die 23 bereit sind, gegen den Willen der Parteigenossenschaft und des Parteivorstandes die Entrechtungsvorlage im Landtage anzunehmen. **Darauf schickte** der Parteivorstand an den Genossen Vieligk ein Antwortschreiben, in dem es heißt:

„**daß der Parteivorstand . . . zur Stunde noch bemüht ist . . . eine Verschärfung des Konfliktes, die durch die Annahme der Gemeindeordnung zu befürchten ist, zu verhüten.**"

Wie sich gezeigt hat, sind auch die Bemühungen des Parteivorstandes erfolglos geblieben. Die 23 hatten eben vor der **Deutschen Volkspartei mehr Respekt als vor dem Parteivorstand."**

Die gesamten Zeitungen wenden sich zwar gegen die Haltung der 23, jedoch denken sie nicht daran, mit den 23 zu brechen. Was soll die Zitterkunst der „Leipziger Volkszeitung" bedeuten? Hermann Liebmann will beweisen, daß die Gesamtpartei doch besser ist. Die Leipziger Volkszeitung bereitet die Unterwerfung unter den Parteivorstand vor.

Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, zeigen aber die Vorgänge in Preußen. Dort ist die SPD. dabei, **die Sachsenpolitik der 23 weiter zu betreiben.** Man will eine Regierung von Hergt bis Braun, also eine große Volksgemeinschaft, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Das ist **die Politik der Bethke und Genossen.** Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt dazu am 2. Juni einen Artikel, in dem sie als Hauptschwierigkeit die Verteilung der Ministerposten ansieht. Es heißt da in dem Artikel:

„**Die Sozialdemokratie hat gegenwärtig zwei Ministerportefeuilles inne: den Posten des preußischen Ministerpräsidenten und das Ministerium des Innern. Nun erklären die Biedermänner, daß alles gewissermaßen beim alten bleiben, nur in einer Hinsicht eine kleine Aenderung eintreten solle, indem man nämlich unserer Partei freundlich zumutet, zwei andere Ministerien — man flüstert vernehmlich von der Justiz und dem Handel — zu besetzen . .**"

Das preußische Innenministerium ist der Schlüssel zu der Pforte, die an die verschlossenen Quellen einziger junkerlicher Herrschaft in Preußen führt. Wer das Innenministerium besitzt, besitzt Preußen, wie nach dem unvergessenen Worte Bebels das Reich besitzt, wer Preußen hat. . . . Wahrlich, ein Ressort, dessen Besitz ein kleines Opfer geradezu leicht macht, ein Amt, zu dessen Entgelt man sich sozialdemokratische Minister gern die Zähne an dem hoffnungslosen Reformwerk der preußischen Justiz ausbrechen läßt."

Nun, die Sozialdemokraten haben seit der Revolution das Innenministerium in Preußen gehabt. Der Erfolg ist die fortschreitende Reaktion. Die SPD. hätte also die Möglichkeit gehabt, den reaktionären Vormarsch zu verhindern, wenn dem so wäre, wie die „L. V." schreibt. Die Arbeiter müssen die Verlogenheit dieser Argumentation erkennen.

Wesentlich für die sächsischen Arbeiter ist aber noch das **offene Bekenntnis der Linken zur Koalitionspolitik.** Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt:

„**Wenn Koalitionspolitik überhaupt einen Sinn haben soll, so nur dann, wenn dasjenige Instrument, mit dessen Hilfe allein das reaktionäre Preußen des Dreiklassenwahlrechts an der Wiederkehr verhindert und auf die Dauer niedergehalten werden kann, nicht erneut den Feinden der Republik ausgeliefert wird.**"

Das ist klar genug: grundsätzlich sind **die Linken** nicht gegen die Bündnispolitik mit den Deutschnationalen, **also** auch in Sachsen nicht gegen die **Koalition mit der Volkspartei.** Was müssen daraus die sozialdemokratischen Arbeiter ersehen?

1. **Die Politik der Bethke und Genossen wird in Preußen angewendet und auf das Reich ausgedehnt.** Liebmann sagte die Unwahrheit, wenn er behauptete, die Gesamtpartei gehe in wirkliche Opposition. Die Linken haben die Arbeiter belogen, wenn sie sagten, der Parteivorstand sei gegen die 24.

2. **Die Linken betreiben die gleiche Politik wie die Bethke und Konsorten.** Ihre radikalen Tiraden in Sachsen sind nur Manöver um Betrug der Arbeiter.

Die Arbeiter, die in Sachsen noch mit den Linken gehen, die Arbeiter, die im roten Sachsen kämpften, die das rote Sachsen geschaffen haben, müssen diese Lage jetzt erkennen.

Jetzt erst recht Stellung nehmen gegen den Parteivorstand. **Die Rechten herauswerfen. Die Beiträge sperren.**

Jeder Arbeiter muß begreifen: **es gibt keine Arbeiterpolitik in der SPD.**

Heraus aus der bürgerlichen SPD.!
Anschluß an die KPD.!

Der Vorstand
der SPD deckt die Gemeindepolitik der 24

Die Leipziger Volkszeitung vom 4. d. Mts. bringt unter der Ueberschrift „Ein neuer Mißgriff des Parteivorstandes" folgende Mitteilung:

„Nach einer Mitteilung hat der Parteivorstand der Zentralstelle **einen** Beirat für Kommunalpolitik zur Seite gestellt und dazu folgende Genossen berufen: Reimann (Magdeburg), Hirsch (Berlin), Treu (Nürnberg), Fischer (Dresden), Stoll (Fürstenwalde), Zimmer (Peelenhof), Reuter (Berlin), Steiling vom Parteivorstand und Rechner für die Redaktion der Gemeinde. **Von den bekannten ehemaligen USP.-Genossen, die zum Teil jahrzehntelang in der Kommunalpolitik tätig sind und einen geachteten Namen haben, ist kein einziger für würdig erachtet worden, in den Beirat berufen zu werden. Es muß danach angenommen werden, daß die Auswahl sorgfältig und mit bewußter Absicht, wie geschehen, erfolgt ist.** Gegen eine solch einseitige Stellungnahme der Zentralkörperschaft muß nachdrücklichst Einspruch erhoben und vom Parteivorstand gefordert werden, daß er bei der Zusammensetzung von Parteikörperschaften so verfährt, daß nicht ein Teil der Partei direkt vor den Kopf gestoßen wird. Aber auch die sächsische Seite fordert zur Stellungnahme heraus. Die Kommunalpolitik der Partei liegt sehr im argen, was nicht nur die Vorgänge in Sachsen mit den 23 beweisen, sondern daß allgemein die Auffassung herrscht, die Kommunalpolitik sei im Grunde genommen nur ein Anhängsel der Reichs- und der Länderpolitik, wonach denn auch meist verfahren wird. Leider kommt bei dieser Auffassung nicht nur die Arbeiterschaft im allgemeinen unter den Schlitten, sondern auch die Partei. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo dies offen zutage treten wird; dann hört das Ausweichen auf und es heißt: Klar Stellung nehmen."

Diese Stellungnahme des Parteivorstandes zeigt klar und deutlich, daß derselbe gewillt ist, die Verschandelung der Gemeindeordnung in Sachsen zu decken. Alles Heulen der „L. V." hilft da nichts. Ist auch nur Heuchelei, wenn wir schon bewiesen, die „Linken" die Politik des Vorstandes decken.

Was soll weiter geschehen?
Zur Lage in der Sozialdemokratie

Von Ernst Schneller

Unter dem Beifall der gesamten Bourgeoisie haben die 24 (23 plus Alfred Zellisch) die Gemeindeordnung von 1923 begraben helfen. In allen Tagungsperioden seit 1918 hatte die Frage einer neuen Gemeindeverfassung eine große agitatorische Rolle gespielt. Die Arbeiter waren immer mit Versprechungen gespeist worden: mit den Vorrechten der Gutsherren, der Gemeindevorsteher, der Bürgermeister und Stadträte, mit der alten reaktionären Wirtschaft in den Amtshauptmannschaften, mit den Drosselungseinrichtungen Bezirksausschuß und Bezirkstag — würde gründlich aufgeräumt werden.

Die Bürgermeister der großen Städte unter Blühers und Hübschmanns Leitung führten 1923 einen zähen Kampf um auch nur die kleinste Position für die Bureaukratie. Mit der Annahme der neuen Verfassung begannen sie zugleich die Vorbereitung für ihren Sturz. Sie bewiesen dabei dieselbe Zähigkeit, die die deutsche Bourgeoisie und ihre Beauftragten auf allen Gebieten auszeichnet. Sie waren sich auch der Bundesgenossenschaft der SPD. sicher.

Im Jahre 1923 bedeutete die Gemeindeverfassung einen Brocken für die rebellierenden Massen, die damit beruhigt werden sollten.

Jetzt „stört" diese Verfassung die Arbeit der Bureaukratie, sie ist ihr unbequem: Dieselbe SPD., die sie angenommen hat, muß sie beseitigen helfen. Das nimmt von den Drahtziehern die Verantwortung, das sichert ihnen in den 24 und dem SPD.-Vorstand die Agitatoren und Verteidiger unter den Arbeitern, das hilft zur Zerlegung der SPD. und durch das Verhalten der Leute zur Stärkung der nationalen Arbeiterbewegung! Auf seiten der Bourgeoisie ist der volle Vorteil.

Zweifellos ist dabei ein sehr wichtiger Punkt die Kompromittierung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Können die Arbeiter schlimmer verhöhnt werden als durch das widerliche parlamentarische Spiel der gesamten SPD.? Noch immer gilt für viele Arbeiter die SPD. als Arbeiterpartei! Gerade diesen Umstand sucht die Bourgeoisie auszunutzen, um auch die KPD. treffen zu können — in dieser Arbeit findet sie in den „Linken" die besten Helfer.

Die Rechten bekennen sich offen zum Bürgertum. Die „Linken" wollen die Arbeiter bei der Partei halten, darum ihr Geschrei über den „Verrat" der Rechten; aber was tun die „Linken" gegen den Verrat? Sie trösten mit dem Parteivorstand! Nun, der steht auf seiten der 24!

Sie vertrösten auf den Parteitag! Und was soll dort geschehen? Hat nicht der Berliner Parteitag 1924 auch helfen sollen? Sein Ergebnis liegt im Verhalten der 24 und der Billigung durch den Parteivorstand vor.

Was soll geschehen? Der Parteitag wird — in Eberts Stadt — einen ebertinischen Spruch gegen die „Linken" und gegen die Arbeiter sprechen. Und dann? Die „Linken" haben gerufen: Verrat! Sie haben geheult: Wir sind am Ende!

Wollen die Arbeiter sich hinhalten lassen, wollen sie sich immer wieder im Dienst der Bureaukratie in Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, gemeinsam für die Interessen der Bourgeoisie mißbrauchen lassen?

In Sachsen ist die älteste sozialistische Arbeiterbewegung, hier haben Bebel und Liebknecht kandidiert, hier haben sie ihren Kampf — unerbittlich, unermüdlich — bis zum Sturz der Bourgeoisie gepredigt. Von hier aus muß die Erneuerung der Arbeiterbewegung neuen Anstoß bekommen. Es gilt — anknüpfend an die gute Tradition, die eine Klassenkampfpartei aller überzeugten ehrlichen klassenbewußten Arbeiter zu schaffen: durch Vereinigung gegen die Reformisten und Opportunisten, gegen die Agenten und Lakaien der Bourgeoisie — mit denen, die sich als unversöhnliche Feinde der Bourgeoisie bewährt haben, mit der KPD.

Arbeiter, prüft eure Geschichte, prüft die Taten eurer Führer, eurer Partei!

Die Arbeiterbewegung wird einen neuen Aufschwung nehmen. An euch liegt es, ob er beschleunigt oder verzögert wird. An eurer Entscheidung liegt es, ob die SPD. weiter betrügen darf — oder als „Generalstab ohne Armee" dasteht, weil ihr die Verantwortung für diese Taten ablehnt.

SLUB
Wir führen Wissen.